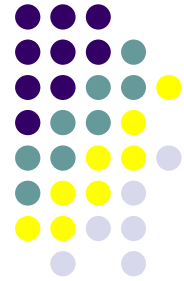


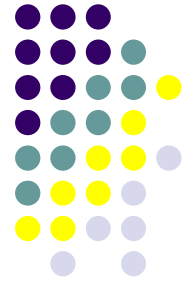
Das Prader-Willi-Syndrom im Sozialrecht – Schwerbehinderteneigenschaft und Pflegebedürftigkeit



- **Teil 1: Schwerbehindertenanerkennung**
 - materiellrechtliche Voraussetzungen
 - Anerkennungsverfahren
- **Teil 2: Anerkennung der Pflegebedürftigkeit**
 - materiellrechtliche Voraussetzungen
 - Anerkennungsverfahren
- Referentenvorstellung

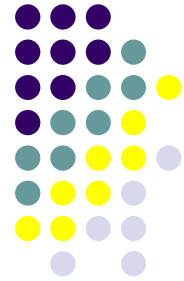
Teil 1: Schwerbehindertenanerkennung materiellrechtliche Voraussetzungen

Rechtsgrundlagen



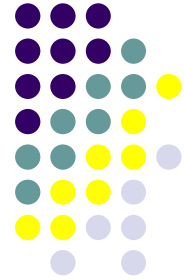
- geregelt im neuen SGB IX von 2001
- Definition Behinderung und Schwerbehinderung in § 2 SGB IX
- vorher im SchwbG, zuletzt von 1986
- Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit 2008
 - fachliche Grundlage für sachgemäße und einheitliche Beurteilung gleicher Sachverhalte
 - Beschlüsse des Ärztlichen Sachverständigenbeirats beim BMAS
 - „Geltung als antizipiertes Sachverständigengutachten und untergesetzliche Norm“
 - laufende Änderungen unter www.bmas.bund.de, im GMBI., in RdSchr an die Länder
- erstmals 1916 auf Grund von Beratungen des wissenschaftlichen Senats der Kaiser-Wilhelm-Akademie

Behinderung



- Geregelt im neuen SGB IX von 2001, vorher im SchwbG zuletzt von 1986
- **Behinderung**
 - Abweichen körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit (Vorliegen **Regelwidrigkeit**)
 - von dem für das **Lebensalter typischen Zustand**
 - mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als **6 Monate**
 - **Beeinträchtigung der Teilhabe am Leben** in der **Gesellschaft** = weniger Verwirklichungschancen

Teil 1: Schwerbehindertenanerkennung materiellrechtliche Voraussetzungen **Schwerbehinderung**



schwerbehinderte Menschen

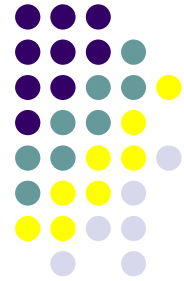
- Grad der Behinderung von **wenigstens 50**
- Wohnsitz, gewöhnlichen Aufenthalt oder Beschäftigung rechtmäßig in Deutschland
- Entscheidung durch Versorgungsamt

gleichgestellte behinderte Menschen

- Grad der Behinderung von **wenigstens 30**
- Wohnsitz, gewöhnlichen Aufenthalt oder Beschäftigung rechtmäßig in Deutschland
- ohne Gleichstellung Unmöglichkeit der Erlangung oder Sicherung eines geeigneten Arbeitsplatzes
- Entscheidung durch Agentur für Arbeit

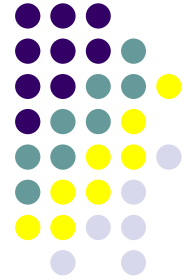
Teil 1: Schwerbehindertenanerkennung materiellrechtliche Voraussetzungen

Grad der Behinderung (GdB)



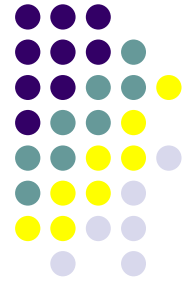
- GdB **final** auf alle Gesundheitsstörungen bezogen
- unabhängig von der Ursache
- aber: nicht Gesundheitsschaden selbst
- nur körperlichen, geistigen, seelischen und sozialen **Auswirkungen** einer **Funktionsbeeinträchtigung** aufgrund eines Gesundheitsschadens
- GdB-Grad erlaubt nicht Rückschluss auf das Ausmaß der Leistungsfähigkeit

Teil 1: Schwerbehindertenanerkennung materiellrechtliche Voraussetzungen **Einzel-GdB**



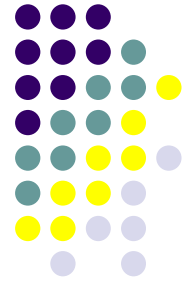
- Feststellung in Zehnergraden
- Feststellung nur bei GdB von wenigstens 20
- Angabe aller Einzel-GdB
- jedoch keine Addition zulässig

Teil 1: Schwerbehindertenanerkennung materiellrechtliche Voraussetzungen Einzel-GdB



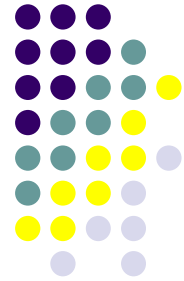
- grds. maßgebend Werte der **GdB-Tabelle** in „Anhaltspunkte“
- aus langer Erfahrung gewonnene altersunabhängige Mittelwerte
- **Beurteilungsspannen** für Besonderheiten des Einzelfalls, z.B. bei Parkinson-Syndrom von 30 bis 100, schweres psychisches Trauma 50 bis 70, mit schweren sozialen Anpassungsschwierigkeiten 80 bis 100
- Abweichen von den Tabellenwerten nur nach der besonderen Lage des **Einzelfalls**, z.B. besondere Schmerzen oder seelische Begleiterscheinungen

Teil 1: Schwerbehindertenanerkennung materiellrechtliche Voraussetzungen Einzel-GdB



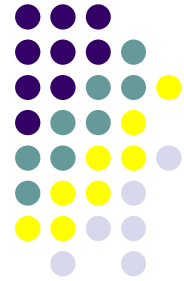
- bei nicht in GdB-Tabelle aufgeführten Leiden
Analogie zu vergleichbaren
Gesundheitsstörungen
- **PWS fehlt** in Tabelle
- abhängig von Symptomen im konkreten Einzelfall
- Schwierigkeit der Analogie z.B. bei alimentärer
Fettsucht
 - Adipositas allein bedingt keinen GdB
 - Nur Folge- und Begleitschäden, z.B. Stütz- und
Bewegungsapparat

Teil 1: Schwerbehindertenanerkennung materiellrechtliche Voraussetzungen **Gesamt-GdB**



- Berücksichtigung der **wechselseitigen Beziehungen** aus der ärztlichen **Gesamtschau**
- Ausgehen vom **höchsten Einzel-GdB**
- dann Prüfung, ob und inwieweit im Hinblick auf alle weiteren Funktionsbeeinträchtigungen das Ausmaß der Behinderung größer wird
- idR durch weitere Einzel-GdB von 10 keine Erhöhung
- vielfach auch bei weiterer Einzel-GdB von 20 keine Erhöhung
- Erhöhung aber i.d.R. bei weiterem Einzel-GdB von 30, und zwar um 10 auf den höchsten Einzel-GdB
- Erhöhung bei weiterem Einzel-GdB von 40 um 20 auf den höchsten Einzel-GdB

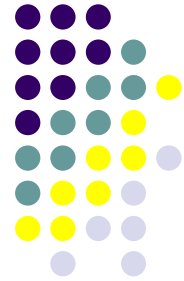
Teil 1: Schwerbehindertenanerkennung materiellrechtliche Voraussetzungen Gesamt-GdB



zusammenfassende Beurteilung von Funktionssystemen:

- Gehirn einschl. Psyche
- Augen
- Ohren
- Atmung
- Herz-Kreislauf
- Verdauung
- Harnorgane
- Geschlechtsapparat
- Haut
- Blut einschl. blutbildendem Gewebe und Immunsystem
- Arme
- Beine
- Rumpf

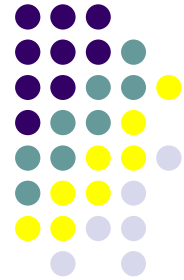
Teil 1: Schwerbehindertenanerkennung materiellrechtliche Voraussetzungen **Gesamt-GdB**



Beispiele:

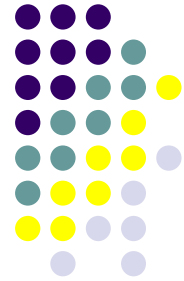
- Einschränkung **ein und derselben Gehfähigkeit** durch Herzschaden, Lungenüberblähung und leichterem Schaden an einem Fuß
- beim Zusammentreffen einer insulinpflichtigen Diabetes (Ernährungseinschränkung) mit einer Hörbehinderung und einer Gehbehinderung kommt es zu **Funktionsstörungen in 3 verschiedenen Bereichen** des täglichen Lebens

Teil 1: Schwerbehindertenanerkennung materiellrechtliche Voraussetzungen **Gesamt-GdB**



- restriktive Linie der „Anhaltspunkte“
- z.B. Gesamt-GdB von **50** nur, wenn **Gesamtauswirkung** verschiedener Funktionseinbußen so erheblich ist wie etwa
 - Verlust einer Hand
 - Verlust eines Beines im Unterschenkel
 - vollständige Versteifung großer Abschnitte der Wirbelsäule
 - Herz-Kreislaufschäden
 - Einschränkungen der Lungenfunktion bei leichter Belastung

Teil 1: Schwerbehindertenanerkennung materiellrechtliche Voraussetzungen Rechtsprechung

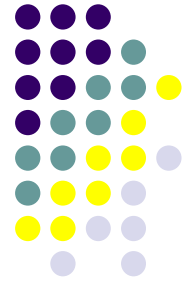


Nur 2 mittelbare Fälle in Rechtsprechung zum GdB
bei PWS in Juris

- Schleswig-Holsteinisches LSG 30.4.2004 - L 3 P 13/02 -: bei Klägerin Anerkennung GdB von 100 mit 28 Jahren (hochgradige Adipositas, Minderwuchs und best. Verhaltensstörungen)
- SG Leipzig 02.7.2003 - S 8 KR 367/01 -: bei Klägerin Anerkennung GdB von 80 mit 8 Jahren und Merkzeichen "B", "G" und "H" (Adipositas und Haltungsschwäche)

Teil 1: Schwerbehindertenanerkennung

materiellrechtliche Voraussetzungen Auswirkungen der Anerkennung im Beschäftigungsverhältnis



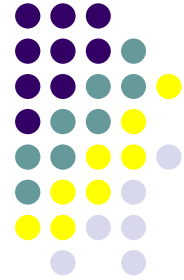
insbesondere:

- **Beschäftigungspflicht** des Arbeitgebers (5% sM ab 20 Arbeitsplätze)
- Anspruch auf **behinderungsgerechte Beschäftigung** und **Einrichtung der Arbeitsplätze**
- Anspruch auf **Teilzeitbeschäftigung**
- **Freistellung** von **Mehrarbeit**
- **Zusatzurlaub** 5 Arbeitstage (im ö.D. 3 Arbeitstage bereits bei GdB von 30)
- **Diskriminierungsverbot**
- **Besondere Eingliederungshilfen** insbes. der Arbeitsagenturen und des Integrationsamtes
- **Besonderer Kündigungsschutz** (nur mit Zustimmung des Integrationsamtes!)
- Schutz durch **Schwerbehindertenvertretung** (ab 5 sM) und **Integrationsvereinbarung**

Teil 1: Schwerbehindertenanerkennung

materiellrechtliche Voraussetzungen

Merkzeichen

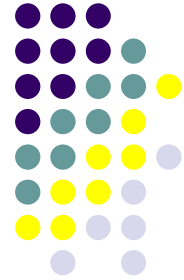


- „**G**“ = erhebliche Gehbehinderung
 - unentgeltliche Beförderung im öffentlichen Nahverkehr, Steuervorteile
- „**aG**“ = außergewöhnliche Gehbehinderung
 - zusätzlich Parkerleichterungen
- „**B**“ = ständige Begleitung
 - unentgeltliche Beförderung Begleitperson im öffentlichen Personenverkehr
- „**Bl**“ = Blindheit
 - Steuervorteile, Parkerleichterungen
- „**Gl**“ = Gehörlosigkeit
 - unentgeltliche Beförderung im öffentlichen Personenverkehr oder 50%ige Kfz-Steuerermäßigung
- „**RF**“ = Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht
 - wesentlich Sehbehinderte ab GdB von 60, best. Hörgeschädigte, sM ab GdB von 80, die an öffentlichen Veranstaltungen ständig nicht teilnehmen können

Teil 1: Schwerbehindertenanerkennung

materiellrechtliche Voraussetzungen

Weitere Vorteile (Nachteilsausgleiche)



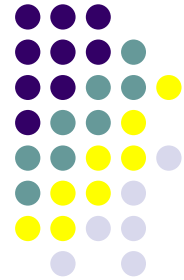
Insbesondere:

- **Einkommenssteuer-Pauschbeträge** (außergewöhnliche Belastung): gestaffelt von 570 Euro bei GdB 50 bis 1.420 Euro bei GdB 95 und 100; 3.700 Euro bei „B“ und „H“ oder per Einzelnachweise
- erhöhte Freibeträge beim **Wohngeld** (1.500 Euro ab GdB von 100 oder 80 + Pflegebedürftigkeit; 1.200 Euro ab GdB von mind. 50 + Pflegebedürftigkeit)
- besonderer Freibetrag im **BAFöG** auf Antrag für außergewöhnliche Belastungen von Unterhaltsverpflichteten aufgrund Härteregelung
- **Sozialtarif bei Telekom** (mtl. Gesprächsgutschrift von 6,94 (bei RF) oder 8,72 Euro bei B, Gl oder Sprachbehinderung)
- Befreiung von **Hundesteuer** bei „B“; „Gl“ und „H“
- weiteres s. **Broschüre** „Leistungen zur Teilhabe am Arbeits- und Berufsleben und Nachteilsausgleiche für behinderte Menschen“, Integrationsämter, 10. Aufl. 2008

Teil 1: Schwerbehindertenanerkennung

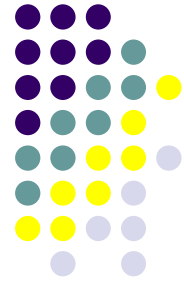
materiellrechtliche Voraussetzungen

Merkzeichen „H“ (§ 33b Abs. 6 EStG)



- wer jeden Tag fremder Hilfe dauernd bedarf
- zur Sicherung der persönlichen Existenz
- für häufig und regelmäßig wiederkehrende Verrichtungen von mindestens **2 Stunden täglich** bei
 - An- und Auskleiden
 - Nahrungsaufnahme
 - Körperpflege
 - Verrichtung der Notdurft
 - notwendiger körperlicher Bewegung
 - geistiger Anregung
 - Möglichkeiten der Kommunikation
 - nicht bei hauswirtschaftlicher Versorgung
- bereits bei Hilfe zwischen einer und 2 Stunden, wenn wirtschaftlicher Wert der Pflege besonders hoch ist
- i.d.R. bei geistiger Behinderung mit GdB von 100
- Orientierung an Pflegestufe II der Pflegeversicherung, also **Vorentscheidung für Pflegegeld** usw.!

Teil 1: Schwerbehindertenanerkennung Anerkennungsverfahren Formalien, Entscheidungswirkung

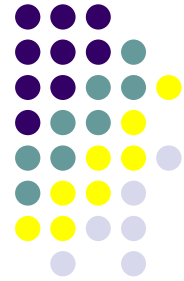


- nur auf **Antrag**
- i.d.R. beim **Versorgungsamt**, seit 2004 u.U. auch andere Behörden zuständig
- Prüfung von Amts wegen (**Untersuchungsgrundsatz**), aber auch Mitwirkungspflichten (Entbindung von ärztlicher Schweigepflicht)
- **persönliche** Vorsprache empfehlenswert
- Entscheidung innerhalb **2 Wochen** nach Vorliegen des Gutachtens
- Feststellung GdB ist **Verwaltungsakt** mit Dauerwirkung
- nur deklaratorische Wirkung, **rückwirkende** Entscheidung bei Offensichtlichkeit geboten
- maßgebend Zeitpunkt des **Eintritts der Schwerbehinderung**, nicht des Antrags
- Entscheidung auch über **Merkzeichen**, Antrag empfehlenswert
- Ausstellung **Schwerbehindertenausweis** nur auf Antrag

Teil 1: Schwerbehindertenanerkennung

Anerkennungsverfahren

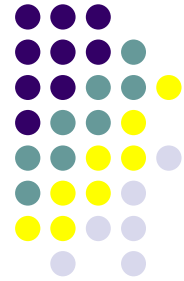
Ablehnungsentscheidung, Rechtsbehelfe



- Einlegung **Widerspruch** innerhalb eines Monats seit Bekanntgabe bei Versorgungsamt, anderer Behörde oder Versicherungsträger
- gegen Widerspruchsbescheid **Klage** beim **Sozialgericht** innerhalb eines Monats seit Bekanntgabe
- Sozialgericht am **Wohnsitz** des Kl. zuständig
- keine Gerichtsgebühren und Auslagen bei Klageabweisung (Sachverständigengutachten **kostenfrei!**)
- Problematik der Gutachterausswahl bei stationärer Behandlung
- jederzeit kann Kl. einen von ihm **bestimmten Gutachter** beauftragen lassen, aber dann auf seine Kosten
- weitere **Rechtsmittel** ohne Gerichtskosten möglich (Berufung beim LSG, Revision beim BSG in Kassel)
- jenseits des Gerichtsverfahrens: bei veränderten Umständen jederzeit **Verschlimmerungsantrag** möglich

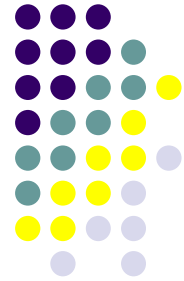
Teil 1: Schwerbehindertenanerkennung Anerkennungsverfahren

Initiativmöglichkeit für Selbsthilfegruppen



- Hilfestellung für zukünftig Erkrankte
- **Antrag** an das **BMAS**
- Aufnahme des **PWS** in die „**Anhaltspunkte**“
- Festlegung von Bewertungsspannen bei best. typischen Krankheitsbildern infolge PWS, z.B. bei Störungen im zentralen Nervensystem, bei Muskelschwäche, häufigen Folgeschäden von „Fettsucht“ am Stütz- und Bewegungsapparat

Teil 2: Anerkennung der Pflegebedürftigkeit materiellrechtliche Voraussetzungen Rechtsgrundlage

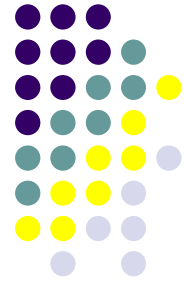


- **§§ 14 ff. SGB XI** von 1994
 - Pflegebedürftigkeit
 - Pflegestufen
 - Leistungen der Pflegeversicherung
- **Begutachtungs-Richtlinien (BRi)** der Spitzenverbände der Pflegekassen von 1997 i.d.F. von 2006 nebst Anlagen (Anl. 2: Pflegebedürftigkeits-Richtlinien – PflRi; Anl. 3: Härtefall-Richtlinien – HRi)

Teil 2: Anerkennung der Pflegebedürftigkeit

materiellrechtliche Voraussetzungen

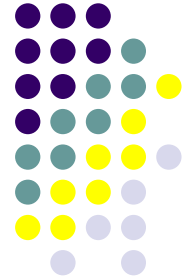
Pflegebedürftigkeit



- **Hilfebedarf** nach **Pflegestufe I, II oder III**
- wegen einer **körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung**
- für die **gewöhnlichen und regelmäßig** wiederkehrenden **Verrichtungen** im Ablauf des **täglichen Lebens**
- auf **Dauer**, voraussichtlich für **mindestens 6 Monate**

Teil 2: Anerkennung der Pflegebedürftigkeit

materiellrechtliche Voraussetzungen
pflegebedürftige Krankheiten oder Behinderungen

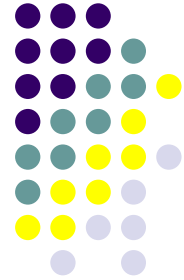


- Nur bei **best. Krankheiten oder Behinderungen:**
 - Verluste, Lähmungen oder andere Funktionsstörungen am **Stütz- und Bewegungsapparat**
 - Funktionsstörungen der **inneren Organe** oder der **Sinnesorgane**
 - Störungen des **Zentralnervensystems** wie Antriebs-, Gedächtnis- oder Orientierungsstörungen sowie endogene **Psychosen, Neurosen** oder **geistige Behinderungen**

Teil 2: Anerkennung der Pflegebedürftigkeit

materiellrechtliche Voraussetzungen

Verrichtungen des Alltags

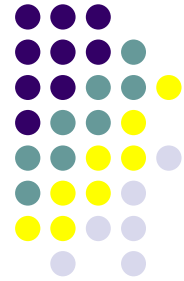


- **Grundpflege = Körperpflege + Ernährung + Mobilität**
- **Körperpflege**
 - Waschen, Duschen, Baden, Zahnpflege, das Kämmen, Rasieren, die Darm- oder Blasenentleerung
- **Ernährung**
 - mundgerechte Zubereiten oder Aufnahme der Nahrung
- **Mobilität**
 - selbständige Aufstehen und Zu-Bett-Gehen, An- und Auskleiden, Gehen, Stehen, Treppensteigen oder Verlassen und Wiederaufsuchen der Wohnung
- **hauswirtschaftlichen Versorgung**
 - Einkaufen, Kochen, Reinigen der Wohnung, Spülen, Wechseln und Waschen der Wäsche und Kleidung oder Beheizen

Teil 2: Anerkennung der Pflegebedürftigkeit

materiellrechtliche Voraussetzungen

Pflegestufe I (erheblich Pflegebedürftige)

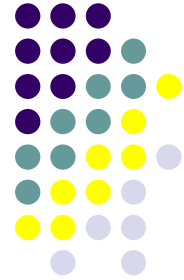


- **Hilfebedarf**
 - mind. 1 x täglich bei mind. 2 Verrichtungen der Körperpflege, Ernährung oder Mobilität (= Grundpflege)
 - mehrfach wöchentlich bei hauswirtschaftl. Versorgung
- **Zeitaufwand (wöchentlich im Tagesdurchschnitt)**
 - mind. 90 Min.
 - davon mehr als 45 Min. Grundpflege

Teil 2: Anerkennung der Pflegebedürftigkeit

materiellrechtliche Voraussetzungen

Pflegestufe II (Schwerpflegebedürftige)

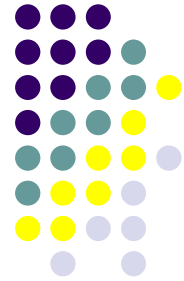


- **Hilfebedarf**
 - mind. 3 x täglich zu verschiedenen Tageszeiten bei Körperpflege, Ernährung oder Mobilität (= Grundpflege)
 - mehrfach wöchentlich bei hauswirtschaftl. Versorgung
- **Zeitaufwand (wöchentlich im Tagesdurchschnitt)**
 - mind. 3 Std.
 - davon mind. 2 Std. Grundpflege

Teil 2: Anerkennung der Pflegebedürftigkeit

materiellrechtliche Voraussetzungen

Pflegestufe III (Schwerstpflegebedürftige)

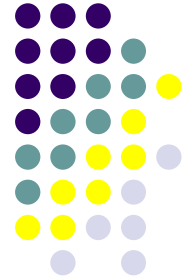


- **Hilfebedarf**
 - rund um die Uhr, auch nachts, täglich bei Körperpflege, Ernährung oder Mobilität (= Grundpflege)
 - mehrfach wöchentlich bei hauswirtschaftl. Versorgung
- **Zeitaufwand (wöchentlich im Tagesdurchschnitt)**
 - mind. 5 Std.
 - davon mind. 4 Std. Grundpflege

Teil 2: Anerkennung der Pflegebedürftigkeit

materiellrechtliche Voraussetzungen

Zeitorientierungswerte

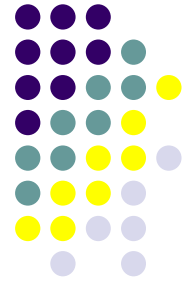


- in **BRI** festgelegt
- Beispiele:
 - Ganzkörperwäsche 20 bis 25 Min.
 - Baden 20 bis 25 Min.
 - Duschen 15 bis 20 Min.
 - Teilwäsche Unterkörper 12 bis 15 Min.
 - Teilwäsche Oberkörper 8 bis 10 Min.
 - Zahnpflege 5 Min.
 - Ankleiden 8 bis 10 Min.
- **Leitfunktion** (keine verbindliche Vorgabe),
entscheidend **konkrete Situation im Einzelfall**

Teil 2: Anerkennung der Pflegebedürftigkeit

materiellrechtliche Voraussetzungen

Besonderheiten beim Hilfebedarf von Kindern

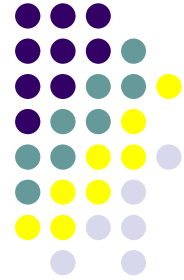


- **nicht** maßgebend der **natürliche altersbedingte** Pflegeaufwand
- Vergleich mit **gesundem gleichaltrigen Kind**
- in BRi Angabe des Hilfebedarfs bei gesunden Kindern nach Altersgruppen (**Pauschalierung** nach Erfahrungswerten)
- nur der darüber hinausgehende krankheits- oder behinderungsbedingte Hilfebedarf (**Zusatzhilfe**) maßgebend

Teil 2: Anerkennung der Pflegebedürftigkeit

materiellrechtliche Voraussetzungen

Leistungen bei häuslicher Pflege

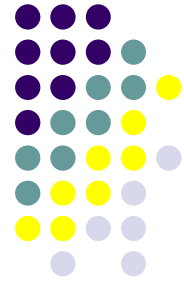


- **Mtl. Sachleistungen durch Pflegekasse**
 - stufenweise Anhebung 2008 (1.7.2008), 2010, 2012
 - Pflegestufe I bis 384 Euro (420, 440, 450 Euro)
 - Pflegestufe II bis 921 Euro (980, 1.400, 1.100 Euro)
 - Pflegestufe III bis 1.432 Euro (1.470, 1.510, 1.550 Euro)
- **Mtl. Pflegegeld**
 - stufenweise Anhebung 2008 (1.7.2008), 2010, 2012
 - Pflegestufe I 205 Euro (215, 225, 235 Euro)
 - Pflegestufe II 410 Euro (420, 430, 440 Euro)
 - Pflegestufe III 665 Euro (675, 685, 700 Euro)
- **Kombination von Sachleistung und Pflegegeld**

Teil 2: Anerkennung der Pflegebedürftigkeit

Anerkennungsverfahren

Gutachten MDK, Leistungsbeginn

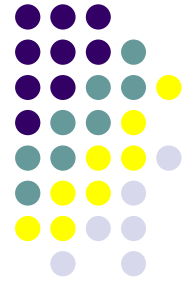


- nur auf **Antrag**
- Beurteilung der Pflegebedürftigkeit in Gutachten des **Medizinischen Dienstes** der Krankenversicherung (MDK)
- **Begutachtung** durch Arzt, Pflegefachkraft oder Fachkraft des Gesundheitswesens
- **Anwesenheit der Pflegeperson** dringend geboten
- Ausfüllen **Pflegetagebuch** möglichst nur mit sachverständiger Hilfe
- Leistungs- oder Ablehnungsbescheid durch **Pflegekasse** oder Pflegeversicherung
- Leistungsbeginn grds. erst ab dem 1. Tag des Antragmonats (**keine Rückwirkung**)

Teil 1: Anerkennung der Pflegebedürftigkeit

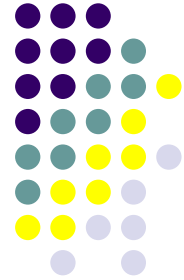
Anerkennungsverfahren

Ablehnungsentscheidung, Rechtsbehelfe



- Einlegung **Widerspruch** innerhalb eines Monats seit Bekanntgabe bei Pflegekasse, anderer Behörde oder Versicherungsträger
- gegen Widerspruchsbescheid **Klage** beim **Sozialgericht** innerhalb eines Monats seit Bekanntgabe
- Sozialgericht am **Wohnsitz** des Kl. zuständig
- keine Gerichtsgebühren und Auslagen bei Klageabweisung (Sachverständigengutachten **kostenfrei!**)
- Problematik der Gutachterausswahl bei stationärer Behandlung
- jederzeit kann Kl. einen von ihm **bestimmten Gutachter** beauftragen lassen, aber dann auf seine Kosten
- weitere **Rechtsmittel** ohne Gerichtskosten möglich (Berufung beim LSG, Revision beim BSG in Kassel)
- jenseits des Gerichtsverfahrens: bei veränderten Umständen jederzeit **Verschlimmerungsantrag** möglich

Das Prader-Willi-Syndrom im Sozialrecht – Schwerbehinderteneigenschaft und Pflegebedürftigkeit



Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Roger Hohmann

Rechtsanwalt

Nassauer Str. 20

65817 Eppstein

Tel. + Fax 06198/2401

roger.hohmann@freenet.de